

Ansätze zur Aussöhnung in Kosov@?

Autor(en): **Caspar, Reta**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **85 (2000)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1041955>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In Kosov@ gibt es erste Ansätze zur Aussöhnung. Intellektuelle, Kunstschaffende und Mitglieder von NGOs sind daran, Vorschläge für Ziviltribunale auszuarbeiten. Anfang April haben religiöse Führer einen interreligiösen Rat gegründet und wollen gemeinsam gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen wirken.

Ziviltribunale für Kosov@

Unter diesem Arbeitstitel wird ein Vorschlag zu einem Verfahren für Verbrechen gemacht, die von der Justiz (noch) nicht verfolgt worden sind. Die vorgeschlagene Methode soll in Fällen zur Anwendung kommen, in denen der Beschuldigte bekannt ist, in Kosov@ lebt oder dorthin zurückkehren möchte, und in denen eines oder mehrere Opfer noch leben (Opfer im weiteren Sinne sind auch Witwen etc.).

Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass ein juristisches Prozedere nach westlichem Vorbild in den meisten dieser Fälle nicht adäquat ist, weil es zu lange dauert, die Beweisführung zu komplex ist und – das ist der wichtigste Punkt – es dem Opfer selten Genugtuung verschafft. Im Gegenteil empfinden es die Opfer oft als Belastung und – selbst wenn das Urteil auf "schuldig" lautet – die Gerechtigkeit, die ihnen damit widerfährt, führt im Allgemeinen nicht zu einem neuen Dialog innerhalb der Gesellschaft.

Einen möglichen Ansatzpunkt sehen die Initianten im albanischen Gewohnheitsrecht, dem "Kanun". Bei uns vor allem bekannt durch die Blutrache, enthält dieses traditionelle, mündlich überlieferte Gesetz offenbar auch die Möglichkeit des Verzeihens. "Die 'Besa', der zeitlich beschränkte Verzicht der Ausübung der Sühnenahme, konnte entweder vom Sühnenahmer gewährt werden oder im Falle einer allgemeinen Besa, die nicht unbedingt

zeitlich beschränkt war, von der Versammlung des Banners (*Anm. d. Red.: etwa gleichbedeutend wie "Clans"*) beschlossen werden. Unter die allgemeine Besa fielen vor allem Fest- und Versammlungstage, Frauen, Gastgeber und Gäste. Eine Sühnenahme trotz einer Besa kam einem Mord gleich."¹

Eine Kombination dieses Ansatzes mit Erfahrungen aus Vorbildern wie dem der italienischen Aussöhnungsrichter und dem der südafrikanischen Ziviltribunale soll zu einem für Kosov@ massgeschneiderten Modell führen.

Vorbild Italien

In Italien sind die Versöhnungsrichter Teil einer paralegalen Struktur, die in jedem Fall den Angeklagten, das Opfer und die beiden Anwälte umfasst. Dazu kommen ein oder zwei ausgebildete Freiwillige. Manchmal bereut der Angeschuldigte die Tat oder hat einfach Angst vor dem Prozess. Dann kann die Initiative von ihm ausgehen. Manchmal geschieht es auch auf Wunsch des Opfers, das seinerseits dem Täter eine Versöhnungsverhandlung vorschlägt. Im optimalen Fall nimmt der Angeschuldigte nach ein oder zwei Sitzungen die Schuld auf sich und erklärt seinen Willen, dem Opfer darzulegen, wie er zur Tat kam. Er ist auch bereit, dem Opfer zuzuhören, wie die Wirkung seiner Tat war und schliesslich das Opfer um Verzeihung zu bitten und in adäquater Weise Entschädigung anzubieten.

Wenn das Opfer bereit ist, sich auf dieses Verfahren einzulassen, auf einen Prozess zu verzichten, oder – wird von Staates wegen geklagt – darauf hinzuwirken, dass das Urteil gemildert wird, dann wird ein Treffen mit einem Versöhnungsrichter arrangiert. Dessen Aufgabe ist es, beide Parteien zu einem substanziellen Gespräch anzuregen, das auf eine persönliche Annäherung und

den Entscheid über eine adäquate Entschädigung abzielt. Der Fall ist erledigt, wenn diese Entschädigung erfolgt ist.

In Italien wird dieses Verfahren bisher nur in Fällen von Raub, Sachbeschädigung etc. angewendet.

Vorbild Südafrika

In Südafrika haben die Ziviltribunale in den Gemeinden ähnlich gearbeitet wie die berühmte Wahrheits- und Versöhnungskommission. In jeder Gemeinde war eine angesehene lokale Persönlichkeit in diese Aufgabe involviert.

Vorteil dieses Verfahrens ist, dass es dem Opfer mehr Genugtuung bringt, als eine herkömmliche Verurteilung des Täters, die Täter werden rehabilitiert und beide Seiten könnten eine neue Sicht der Vergangenheit und der Zukunft erhalten, welche die Spirale des Hasses umdreht und zu weiteren Versöhnungsschritten und konstruktiven Lösungen führen kann. Wenn auch nur 2-3 Fälle pro Bezirk auf diese Weise erfolgreich gelöst werden könnten, würde dies – vorausgesetzt, sie erhalten genug Öffentlichkeit – bereits Auswirkungen auf die kulturelle Verarbeitung der gewaltsamen Konflikte haben.

Alle beigezogenen Personen benötigen aber ein Minimum an Schulung für die ihnen zugeteilte Rolle.

Interreligiöser Rat

In Prishtina ist Anfang April 2000 von Moslems, Katholiken und Orthodoxen ein interreligiöser Rat gegründet worden. Dieser verurteilt Gewalt und Verletzungen der Menschenrechte. Nach einem ersten Treffen hiess es, man sei eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit eingegangen. So solle der demokratische Aufbau in den Kommunen unterstützt werden. Gemeinsam solle auch der Wiederaufbau von zerstörten Kirchengebäuden angegangen werden.

Ist Aussöhnung unmöglich?

Die beiden Initiativen kommen zu einem Zeitpunkt, in dem der Leiter der UNO-Administration für den Kosov@, Bernard Kouchner, erklärt, er halte eine Aussöhnung zwischen Serben und Albanern in der Krisenprovinz zum jetzigen Zeitpunkt für unmöglich. Ein multi-ethnischer Kosov@ sei ausgeschlossen, sagte Kouchner der französischen Zeitung "L' Humanité". Die Frage sei nun, ob die Bevölkerungsgruppen zu ihrem Schutz getrennt werden müssen oder es besser sei, sie zusammenleben zu lassen, ohne sie schützen zu können.

Kouchner verwies darauf, dass die UNO-Resolution 1244 über den Kosov@ nicht ausdrücklich eine multiethnische Provinz fordere. Seit dem Ende des Kosov@-Krieges im vergangenen Juni gibt es immer wieder gewalttätige Zusammenstöße zwischen der Mehrheit der Kosov@-Albaner und der serbischen Minderheit. Deutlich wurden die Spannungen in jüngster Zeit vor allem in der Stadt Mitrovica, die zwischen Serben und Albanern geteilt ist.²

Es wird interessant sein zu hören, welche konkreten Aktivitäten die beiden Initiativen künftig entwickeln werden.

Auch wenn der Weg der Aussöhnung mühevoll und schmerzhaft ist, Alternativen dazu gibt es keine. Zudecken und militärisch bewachen kann man diese Verletzungen nicht.

Reta Caspar

Quellen:

¹ Newsletter Albanien: Schweizer Zeitschrift für die Zusammenarbeit mit Albanien: www.albanien.ch

² kosova-info-line.de

Dr. Mark Lindley: A proposal for „civil tribunals“ in Kosov@. Manuskript, März 2000 (Übersetzung: Reta Caspar)

Kosov@ ist kein Druckfehler, sondern eine Schreibweise, die nach Ausbruch der Konflikte in Ex-Jugoslawien von vielen NGO's verwendet wurde, um sowohl der albanischen Bezeichnung "Kosova" wie der serbischen "Kosovo" gerecht zu werden.

**Freidenkerspende 1999**

Die Premiere war überaus erfolgreich: Fr. 12'000.- sind 1999 zusammengetragen worden – von FreidenkerInnen, die damit das soziale Engagement der Freidenker-Vereinigung Schweiz stärken möchten.

An der Delegiertenversammlung 2000 wird Prof. Mark Lindley, ein persönlicher Freund der Projektleiter des indischen Chirurgieprojektes für polio-geschädigte Kinder, über das Projekt und die Arbeit des Atheist Center orientieren. Dazu sind Sie alle herzlich eingeladen (siehe Frontseite).

Freidenkerspende 2000

Ende März haben die Freien JungdenkerInnen in Olten die 14 eingegangenen Vorschläge gesichtet und in einer spannenden Ausmarchung 3 Kandidaten zuhanden der Delegiertenversammlung in Luzern ausgewählt. Besonders berücksichtigt wurden dabei Gesichtspunkte, die an der letztjährigen Delegiertenversammlung ins Feld gebracht worden sind: Schweizerische Projekte sind dabei, es sind eher kleinere Projekte, für die unser Beitrag namhaft ist, unter nichtkirchlicher Trägerschaft etc.



Die ausgewählten Projekte in alphabetischer Reihenfolge:

Bergwald-Projekt

Das Projekt existiert seit 1987. Es organisiert Arbeitseinsätze in Bergwäldern, mit dem Ziel, den Menschen den Wald und seine Bedürfnisse näher zu bringen und einen Beitrag zur Erhaltung unserer Wälder zu leisten. Gerade nach "Lothar" ist vielen von uns bewusster geworden, dass unser Wald und seine schützende Funktion gepflegt werden müssen.

Medienhilfe Ex-Jugoslawien

"Wer den Frieden will, muss den offenen Dialog fördern." Unter diesem Motto steht ein Projekt, das seit Ausbruch der Jugoslawien-Kriege in der Schweiz Mittel sammelt, um im Krisengebiet Kommunikation und unabhängige Information zu unterstützen. Freie Radiostationen und unabhängige Zeitungen sind Ansatzpunkte für den Aufbau einer neuen, demokratischen Zivilgesellschaft.

Opferhilfe Zürich

Unter diesem Namen existiert ein kleines Sozialwerk, das versucht, jungen Männern, die Opfer von Misshandlungen geworden sind, eine Starthilfe in eine neue persönliche Perspektive zu geben. Das Projekt greift dort, wo die Justiz ihre Arbeit abgeschlossen hat, die Opfer aber noch einen langen Weg der Bewältigung vor sich haben.

Die Delegierten erhalten die ausführlichen Projektbeschriebe in diesen Tagen zugesandt. Weitere InteressentInnen können sie direkt auf den Zentralsekretariat bestellen. Die Freien JungdenkerInnen hoffen, dass in den Sektionen im Mai noch über die Projekte diskutiert wird und sind gespannt, welches den grössten Anklang finden wird.

rc